

Danziger Zeitung.

N^o 7279.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postämtern angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Inserate, pro Petit-Blatt 2 Gr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reimeyer und Rub. Woffe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenhein & Bogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Götting: Neumann-Hornmann's Buchhandl.

1872.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.
Paris, 7. Mai. In der Nationalversammlung legte der Kriegsminister den Gesetzentwurf, betreffend die Zusammenstellung des Kriegsgerichts gegen den Marschall Bazaine, vor. Die Versammlung beschloß die Dringlichkeit.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 7. Mai. Nach einem Telegramme der „Times“ aus Philadelphia vom gestrigen Tage hätte der Herr Granville sich mit dem von Amerika in Bezug auf die Befreiung der indirecten Schadensprüche in der Alabamafrage vorgeschlagenen Abkommen im Principe einverstanden erklärt, dabei aber zur Bedingung gemacht, dies Princip nur auf solche Ansprüche zu beschränken, welche auf ähnliche Weise und unter ähnlichen Verhältnissen wie die den Gegenstand des Washingtoner Vertrages bildenden zur Entstehung gelangten. Auch wäre Lord Granville darauf zurückgekommen, daß Amerika die indirecten Ansprüche aus seiner Klage schrift förmlich zurückziehe, weil dieselben dem Washingtoner Vertrage fremd sind. Das Cabinet von Washington scheint indeß diesem Vorschlage abgeneigt und halte eine Zurückziehung der Klage schrift für nicht zulässig.

Brüssel, 7. Mai. Ein aus einer Deputation des hiesigen Gemeinde-Collegiums und der betreffenden Section des Gemeinderathes gebildete Versammlung hat, wie die „Independance“ meldet, sich mit dem der Kammer von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfe über die Ausübung der Polizei in Brüssel beschäftigt und erklärt, daß die Brüsseler Communalfreiheit durch das gedachte Gesetz gefährdet werde.

Paris, 7. Mai. Die Ernennung Noaille's zum Gesandten in Washington wird heute aus bester Quelle als sicher bezeichnet. — Der Gesetzentwurf betreffend Zusammenfassung des Kriegsgerichts über den Marschall Bazaine wird, wie die „Agence Havas“ meldet, an einem der nächsten Tage der Nationalversammlung von der Regierung vorgelegt werden. Nach derselben Quelle hätte zwischen Thiers und Chasseloup-Laubat eine Befprechung stattgefunden und wären fast alle zwischen dem Präsidenten und der Commission für Beratung des Armee-Gesetzentwurfs noch bestehenden Differenzpunkte zur Ausgleichung gelangt.

Bukarest, 7. Mai. Fürst Carl hat zwei der verurtheilten Juden begnadigt, drei anderen die Strafe gemildert.

Madrid, 6. Mai. Ein Bericht des General Moriones aus Oregueto meldet: „Die von Don Carlos befehligten Banden sind vollständig geschlagen; Hunderte von Gefangenen.“

Deutschland.

Berlin, 7. Mai. Seit einigen Tagen ist in Abgeordnetenkreisen vielfach die Rede von einem längeren Urlaub des Fürsten Reichskanzlers gewesen; sprach man doch sogar von 7 Monaten. Haben solche Angaben immer etwas Bedenkliches, so erscheinen sie Angesichts der wichtigen Fragen, deren Lösung dem Reichstage in der nächsten Zeit obliegen wird, und für welche so unendlich viel von der persönlichen Theilnahme des Fürsten Bismarck abhängt, doppelt lebhafteste Befürchtung. Nach Informationen bestunterrichteter Kreise hätten allerdings die Ärzte erklärt, der Fürst müsse unabweislich Ruhe haben und es komme alles darauf an, daß der rechten Moment nicht vorüber zu lassen. Es ist dabei zu erinnern, daß das Leiden des Fürsten vom Jahre 1866 datirt und jede begonnene Kur bisher durch irgend ein Ereigniß unterbrochen wurde. So hat der Krieg von 1870 die Karlsbader, die Bepfischung in Gastein die vorjährige Kur des Fürsten durchkreuzt. Er hatte dann auf Tage, auf Wochen sich frei gemacht, aber das alles war nur palliativ. Daher bezeichnen die Aerzte nunmehr eine durchgreifende Kur als unaufschiebbar. Dies die Sachlage. Ob der Fürst Urlaub nimmt, wann, wie lange, darüber weiß Niemand etwas Genaues. Soviel steht fest, daß man in parlamentarischen Kreisen nichts dringender wünscht, als daß dieser Urlaub nicht vor Beendigung der Parlaments-Campagne angetreten werden möchte. Ist es doch unsicher, was das Schicksal der Kreisordnung voraussetzen, wenn es dem Fürsten Bismarck nicht vergönnt sein sollte, mit seinem gewichtigen Einfluß im Herrenhause dafür in die Schranken zu treten. — Im Reichstage fanden seit dem Schlusse der gestrigen Plenarsitzung sehr lebhafteste Verhandlungen über die Jesuitenfrage statt. Zunächst in dem mehr erwähnten Kreise von Delegirten aller Fraktionen. Hier standen sich zwei Meinungen gegenüber: Einerseits verlangte man einen legislativen Act, um die Ansicht zu befestigen, daß die Thätigkeit der Jesuiten als Ordensgesellschaft lediglich aus dem Standpunkte des freien Vereinsrechts beurtheilt werden müsse; andererseits wollte man die Angelegenheit zur Erweiterung der Frage der Regulierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ausbeuten, und sich mit einer in allgemeinen Redensarten gehaltenen Resolution begnügen. Schließlich erklärte sich die Mehrheit für den Vorschlag eines Antrages wie ihn der Referent der Petitions-Commission Abg. Gneist heute in letzterer eingebracht hat. In derselben fand heute eine mehrstündige Beratung statt, welcher als Reichs-Commissionar der Geheimen Regierungsrath Starke beizuhöhen und zu welcher als Zuhörer sich so viele Abgeordnete eingefunden hatten, daß der Raum fast nicht ausreichte. Der Referent Abg. Gneist, beleuchtete in einem eingehenden Vortrage die historische Seite der Sache, er deducirte gerade aus der Menge der Petitionen für die Jesuiten die Nothwendigkeit, bei dem Reichskanzler die legislative Regelung der Sache zu beantragen und unterbreitete der Commission folgenden Antrag: „Die sämtlichen Petitionen dem Herrn Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überreichen, aus dem Inhalt derselben sich zur Kenntniß der verbundenen Regierungen zu bringen, in wie weitem Maße der Orden Jesu und die von ihm geleiteten Einrichtungen und Vereine auf dem Boden des freien Vereinsrechts ihre Thätigkeit innerhalb des deutschen Reichs entwickelt haben, sowie mit der Aufforderung: 1) die verbundenen Regierungen zu veranlassen, sich über gemeinsame Grundsätze zu verständigen, in Betreff der Zulassung religiöser Orden, in Betreff der Erhaltung des Friedens der Glaubensbekenntnisse unter sich und gegen die Verkümmern staatsbürgerlicher Rechte durch die geistliche Gewalt; insbesondere aber 2) womöglich noch in dieser Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Niederlassung von Mitgliedern der Gesellschaft Jesu und der ihr verwandten Congregationen ohne ausdrückliche Zulassung der betreffenden Landesregierung unter Strafe gestellt wird.“ — Dagegen beantragte der Correspondent Dr. Grim (conservativ): „Ueber die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen unter Vorlegung derselben an den Reichstag mit den Gründen, 1) weil die auf Aufhebung des Jesuitenordens und seiner Wirksamkeit in Kirche und Schule gerichtete Petition nur mittelst eines die Verhältnisse der Einzelstaaten der katholischen Kirche berührenden und normirenden Gesetzes erfolgen könnte, diese Rechtegebiete aber der Gesetzgebungsgewalt des Reichs nicht unterworfen sind, 2) weil eine ein Ausnahmegesetz rechtferdigende Gefährdung der Existenz und Sicherheit des Reichs durch die Ausführungen der Petitionen nicht bargelegt ist.“ — Endlich beantragte die vereinigten Conservativen und Freiconservativen v. Haller, Kranach und Genossen: „Sämtliche

Petitionen der Reichsregierung zu überweisen, mit der Aufforderung: 1) Daraus hinzuwirken, daß gegenüber dem für das Reich und seine Angehörigen durch den Bestand und die Wirksamkeit religiöser Orden und Genossenschaften erwachsenden Gefahren die bestehenden Gesetze mit Energie gehandhabt werden. 2) Ohne Verzug einen Zustand des öffentlichen Rechts anzubahnen, in Gemäßheit dessen zur Sicherung des Reichs und seiner Angehörigen und insbesondere der Parität der Confession sowie des religiösen Friedens die rechtliche Stellung der religiösen Orden und Genossenschaften geregelt und die Rechte der Staatsbürger gegen Eingriffe geistlicher Gewalt geschützt werden.“ Nachdem der Abg. v. Mallinckrodt noch für die motivirte Tagesordnung eingetreten, wurde die Fortsetzung der Debatte auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt. Hossentlich wird der Reichstag den Antrag der Referenten annehmen und es unter allen Umständen verschmähen, sich in einer so hochwichtigen Angelegenheit mit einem matten Beschluß zu begnügen, der sich etwa auf allgemeine Redensarten stützen möchte. Die Volksvertretung des deutschen Reichs würde damit Gefahr laufen, sich ein klägliches Armutshzeugniß zu geben und ihr eigenes Ansehen auf das Erheblichste zu gefährden.

* Nach Mittheilung der „D. N. C.“ beabsichtigt der Reichskanzler den längeren Urlaub, den er erbeten, erst nach Beendigung der Reichstags-Session anzutreten. In dem Urlaubsgefuß soll der Reichskanzler auf seinen erschütterten Gesundheitszustand und auf die nach allen Richtungen hin gesicherte, zu keinen Befürchtungen Anlaß gebende politische Lage hingewiesen haben. — Nach einem Stettiner Blatt wird der Fürst Bismarck im Spätsommer von Varszin aus ein Ostseebad bei Danzig besuchen.

— Die Commission des Herrenhauses zur Vorberathung der Kreisordnung hat jetzt, wie die „D. N. C.“ hört, ihre Arbeiten bis zum §. 69 der Vorlage gefördert, welcher von der Vertheilung der Reichstags-Abgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände handelt. Die Commission hat bei diesem Paragraphen, den sie am Sonnabend erledigte, beschlossen, die Hälfte der Mitglieder den alten Birilstimmen, ein Viertel den Langgemeinden und das letzte Viertel den städtischen Gemeinden einzuräumen. Bestimmungen, welche der Regierungsvorlage und den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses direct widersprechen. — Die freie Commission hat ihre Arbeiten beendet und ist gegenwärtig mit der Zusammenstellung ihrer Beschlüsse beschäftigt.

— Die Stempelsteuer hat, wie die „Post. Ztg.“ erfährt, in den ersten drei Monaten d. J. in Berlin allein so viel Ertrag gebracht, als im Etat für den ganzen Staat ausgeworfen ist. Grund: die vielen Häuserverkäufe, der Uebergang großer industrieller Etablissements und Ban-Complexen in die Hände von Speculations-Gesellschaften etc.

— Unter dem Titel „Deutschland und das Vaticanum“ hat Prof. Dr. Sepp so eben eine bemerkenswerthe Schrift herausgegeben. Eine Art Einleitung zu derselben (schreibt die „B. Z.“) bilden Mittheilungen über ein anti-infallibilistisches „Caiencoc nci“, bestehend aus Zollparlamenten-Abgeordneten katholischer Confession, welches in Berlin kurz vor Zusammentritt des Concils gehalten wurde und woran außer Sepp Dr. Börg, Peter Reichensperger, Geh. Rath v. Savigny, Ministerial-Director v. Kraetzig, Herr v. Wittmann, Rechtsconsulent Probst u. s. w. Theil nahmen. Man sprach damals dem deutschen Episcopate für seine sicher zu erwartende Unerschütterlichkeit den Vorlagen gegenüber Dank und Anerkennung aus, und Reichensperger war, wie es scheint, der entschiedenste der Unfehlbarkeitsgegner. Der Fürstbischof von Breslau war der geistliche und geistliche Rückhalt dieser Demonstration.

— Die Stadt Düsseldorf ist aus dem Ver-

bande des bisherigen Kreises Düsseldorf ausgeschieden worden und wird fortan einen besonderen Stadtkreis Düsseldorf neben dem Landkreise bilden.

— Der Leichenfeier für den Grafen Schwerin wohnte auch der Kronprinz bei.

— Dem Schriftsteller Dr. jur. Rodenberg zu Berlin ist der R. Kronenorden 4. Classe verliehen worden.

— Aus Dresden wird der „B. Z.“ mitgetheilt, daß der vorgestern dort versammelte Ansdhuf des deutschen Journalistentages beschlossen hat, die diesjährige Versammlung am 27., 28. und 29. Juli in München abzuhalten. Auf die Tagesordnung kommen: 1) die Pressegesetzgebung, insbesondere die vorläufige Beschlagnahme; 2) die Tagespresse und die Annoncenbureau; 3) Veränderung der Statuten, betreffend die Berechtigung zur Mitgliedschaft; 4) die Presse und das Telegraphenwesen.

Posen, 6. Mai. Zu den katholischen Geistlichen, denen die hiesige Regierung das Schulinspectorat zu entziehen beabsichtigt, gehören auch diejenigen, welche dem aus Anlaß des Säcularjahres der Theilung Polens gegründeten polnischen Volksbildungsverein als Mitglieder beigetreten sind. Der Erzbischof Graf Ledochowski hat aber in Bezug auf letztere gegen das Vorhaben der Regierung protestirt und derselben angezeigt, daß sämtliche dem geistlichen Stande angehörigen Mitglieder des Volksbildungsvereins auf seine Veranlassung aus demselben ausgeschieden seien. Ob die Regierung in Folge dieser Anzeige ihr Vorhaben aufgeben wird, ist noch zweifelhaft. — Von den aus Schrimm ausgewiesenen ausländischen Jesuiten haben mehrere bei der königlichen Regierung eine Verlängerung des für ihre Abreise bestimmten sechsmonatlichen Termins nachgesucht, die ihnen auch bis auf 3-4 Monate bewilligt worden ist. Da sich unter den ausgewiesenen Jesuiten fast sämtliche Professoren des mit dem Jesuiten-Collegium verbundenen scholastischen Cursus befinden, so kann dieser Cursus nicht ferner in Schrimm verbleiben und soll nach Krakau verlegt werden. (Schl. Ztg.)

München, 6. Mai. Der ehemalige Handelsminister v. Schlotz, welcher kürzlich auf den Fortbezug seiner Ministerpension verzichtet hat, ist, wie die „A. Abdzg.“ aus Nürnberg erfährt, als Theilhaber in die dortige Großhandlung „Klett und Co.“ eingetreten, mit einem Gehalt von 24,000 Gulden.

Dresden, 7. Mai. Das „Dresdner Journal“ meldet telegraphisch, daß der König und die Königin von Sachsen heute im besten Wohlsein in Aachen verblieben und sich über Mailand nach Stresa begeben haben.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 7. Mai. Nach übereinstimmenden Berichten aus Berlin und Frankfurt wird die mecklenburgische Verfassungsangelegenheit, die seit der vorigen Reichstagsession ruhig und fast von der Regierung vergessen im Attenschrant gelegen hat, doch zur Sprache kommen. In den nächsten Tagen schon wird von der Fortschrittspartei der Antrag auf constitutionelle Staatsreformen aller Bundesstaaten eingebracht werden, der sich hauptsächlich gegen unsere Regierung spitzt. Man wartet nur noch auf das Eintreffen Treitschke's. Doch wird, wie früher mit commissarisch-deputatlichen Vorverhandlungen, unser Bundes-Bevolmächtigter v. Bülow um einen neuen Ausweg nicht verlegen sein und den Nachfragen über unsere Verfassung den außerordentlichen Landtag in Sternberg entgegenhalten, für den die Vorverhandlungen schon reif wären. Wie weit? Kein Mensch weiß es. Will der Reichstag nicht auf den Heim gehen, so wendet man sich an den Bundesrath, der sich ja letztlich dem Vertreter Mecklenburgs in seiner Mitte williger erweisen hat. Und sagt dieser nun wieder Ja, so kann sich die Verfassung noch einmal gut ausruhen. Denn bis zu der Zeit, bis daß der au-

tanzenichts abermals verlangt, um seinen Prozeß weiterzuführen und zugleich, wie der Herrgott in Frankreich, leben zu können, schon über 2000 Rthl. Sterl. beisammen — und alle Tage macht die Sammlung hübsche Fortschritte! Die Bürger sind freilich solche, die man, nach dem alten deutschen Rechtspruchwort, eigentlich „würgen“ sollte. Sie stecken einmal von Anfang an in dieser dunklen Geschichte tief drinnen und haben allen Grund, sich nochmals vor den Wagen ihres Schicksals zu spannen, um ihn durch die Sch-wierigkeiten zu reißen und somit ihren eigenen Namen vor Anfechtung zu sichern.

Bei einer Anlage auf Meineid ist die Bürgerschaftsstellung eigentlich nicht zulässig. Der Richter, unter der Annahme, daß die Verhandlung gegen den Edlen v. Wagga-Wagga mehr wegen Fälschung als wegen Meineides geführt werden wird, fand gleichwohl ein Mittel, auf vorläufige Freilassung zu erkennen. An dem Tage, wo dieselbe erfolgte, herrschte großer Jubel unter allen Angehörigen und Verwandten der großen Stromergilde. Sie rüdten, mit einer Anzahl verkommener Danbiers und confiscirter Weithähne des höheren Sports untermischt, an die tausend Mann stark vor dem Gefängnisse auf. Der gewöhnliche Janhagel von Eckenfeuern, anrangirten Weibern und Gassenjungen fehlte natürlich ebenfalls nicht. Sie wollten ihren aufrealtischen Vitellius als Triumphtor auf dem Schilde tragen. Sie wollten den Genuß haben, in der Person dieses fähigen Strebers, dem sie sich in mehr als Einer Beziehung verwandt fühlten, gewissermaßen einen Sieg zu feiern, den jedes untergeordnete Mitglied der weitverzweigten Schwinbelbande nur im Traume für sich selbst zu erhoffen wagte. Die Behörden hatten ziemlich Mühe, die beabsichtigte Feier des vielgeschmähten „Sir Roger“ zu verhindern. Durch einen unter-

eine Hülle unsern Blicken, Pauline Venus Borghese versagt uns nichts. Die Sculptur ist sehr schön, mit das Beste, was ich von Canova kenne und ist sie wirklich Portrait, so muß auch Napoleons Schwester sehr schön gewesen sein, wohl werth, durch Canova's Meißel in der Auffassung verewigt zu werden. Was sich sonst dagegen einwenden ließe, wäre höchstens Sache der Dame selbst oder ihres Gatten gewesen, es kümmert es nicht. Die Einheitzigkeit wird übrigens vor der Sculptur selbst jedem bis zum Ueberdruß erzählt. Zu sehen aber ist sie an jedem Sonnabend und für Jeden im Casino der Villa Borghese.

Die Freilassung des Tichborne. Präbendenten.

Es sind in London für Alles Geldzeichnungen zu haben — schreibt Karl Wind der „N. fr. Pr.“ — für die Befreiung der Kaffern und der noch unentdeckten Negerstämme Mittel-Africas, für die Gründung von Pflege-Anstalten zu Gunsten herrenloser Hunde und tranker Ragen, für die zwangweise Einführung des Nur-Wasser-Trinkens und viele andere menschenfreundliche Zwecke. Warum also nicht auch für die Erhebung des der Gannerei, der Fälschung und des Meineides angeklagten Arthur Orton, oder Thomas Castro, in den Adelsstand?

Ein paar Wochen sah er hinter Schloß und Riegel, und die Meinung ging eine Zeitlang um, es werde sich zu seiner vorläufigen Freilassung weder die nöthige Bürgschaftsumme finden, noch auch vom Richter, selbst wenn sich die erforderlichen Bürgen einstellten, ein Entscheld für Freilassung gegeben werden. Aber nein — die Bürgen haben sich gefunden! Ueberdies sind von den 8000 Rthl. Sterl., welche der falschaffisch aufgetriebene und durchtriebene

wöhnlich der Villa Borghese, schon weil man dort sicher den größten Theil seiner Freunde trifft.

Eine Treppe führt aus den unteren Hallen des Casino ins obere Geschloß. Von dort genießt man aus allen Fenstern schöne Umblide auf die Stadt, die Gebirge der Campagna und den Park. In den Sälen findet man mittelmäßige Delgemalde und neuere Sculpturen. Im größten mittleren Saale nun steht an günstigster Stelle inmitten der schönen Halle, frei jedem Besucher zugänglich, Pauline Borghese, von Canova als Venus gemeißelt. Ihr oder dem Meister oder vielleicht beiden vereint ist es gelungen, einen neuen, vierten Venusstypus zu schaffen. Bis dahin gab es nur drei. Die hohe, ernste, strenge, halbverhüllte Göttin, wie die Venus von Milo sie darstellt, ist der älteste, edelste Typus der classischen Zeit des Phidias angehörig. Braxiteles schuf in der Venus von Knidas das erste nackte Weib. Keusch, ihrer Reize unbewußt, läßt sie eben das Gewand fallen; rein und edel ist auch dieser Typus, der sich oft, so z. B. in der berühmten capitolinischen Venus wiederholt. Sehr viel weiter ist die medicaische Venus, der dritte und späteste Typus, entwickelt. Sie kennt offenbar ihre Reize und deren Wirkung, ja man könnte sagen, daß schon eine sinnliche Bedürftigkeit aus dem schönen feinen Antlitz spreche. Hiermit hat das Alterthum seine Vorstellungen und seine Phantasie in Bildung der Liebesgöttin erschöpft. Pauline Borghese und Canova gehen mit ihrer Venus jedoch noch einen starken Schritt weiter. Diese liegt bereits. Auf schwelende Risten ist der tadellos schöne Leib — wie Kenner verflören, vollständig Portrait — gebettet, der seine Kopf mit den Ringellocken der Zeit des ersten Kaiserreichs hebt sich verlangend, das Auge blickt uns fesslend an. Kein Körpertheilchen, nicht eine Muskel, nicht des kleinste Detail entzieht irgend

im Casino der Villa Borghese.

(Eine kleine Verhüttung.)

Es geht durch die Zeitungen die Nachricht, daß Canova's Meisterwerk der Fürstin Borghese, die bekannte Venus, nicht gezeigt, sondern unsichtbar, eingeschlossen im Palaste der Familie gehalten werde. Das ist nicht der Fall.

Dicht vor der Porta del Popolo dehnt sich auf dem Terrain der antik-n Gartenanlagen des Cassals die Villa Borghese aus. Sie hat die Ausdehnung eines hübschen Landguts, enthält in ihrer Ringmauer Wiesen, kleine Wäldchen, Alleen, wundervolle Parkanlagen, stille Bosquets, in denen ewig Springbrunnen plätschern, einen von stolzen Pinien umgrenzten weiten Circus in dem gelegentlich Rennspiele stattfanden, als der Papst noch herrschte, auch wohl Paraden und Reviden, denn Borghese gehört zu den Schwärzen. Sonst aber muß der Fürst ein sehr liberaler Mann sein, er öffnet außer Montag diese stolze und wohlgelegene Villa bedingungslos jedem Menschen. Man darf darin fahren und reiten, sich auf den Grasplätzen tummeln, Blumen pflücken, machen was man will. Das kleine Schloßchen inmitten dieser großartigen Parkanlage erschließt sich an jedem Sonnabend dem Besuche des Publikums. In diesem Casino hat der Fürst, der in seinem schloßlichen Palaste die größte private Gemädegalerie Roms besitzt und dem Publikum öffnet, seine reiche Sculpturensammlung aufgestellt. Wir finden in den herrlichen Prachtzimmern antike Meisterwerke ersten Ranges, die größtentheils auf den ausgebeuteten Werkstätten des Principe gefunden oder ausgegraben wurden. Jeder Sonnabend hummelt man also dort in den Sälen umher, säubert durch den Garten, lagert sich im Dicht, der Sonnabend gehört ge-

Die Freilassung des Tichborne. Präbendenten.

Es sind in London für Alles Geldzeichnungen zu haben — schreibt Karl Wind der „N. fr. Pr.“ — für die Befreiung der Kaffern und der noch unentdeckten Negerstämme Mittel-Africas, für die Gründung von Pflege-Anstalten zu Gunsten herrenloser Hunde und tranker Ragen, für die zwangweise Einführung des Nur-Wasser-Trinkens und viele andere menschenfreundliche Zwecke. Warum also nicht auch für die Erhebung des der Gannerei, der Fälschung und des Meineides angeklagten Arthur Orton, oder Thomas Castro, in den Adelsstand?

Ein paar Wochen sah er hinter Schloß und Riegel, und die Meinung ging eine Zeitlang um, es werde sich zu seiner vorläufigen Freilassung weder die nöthige Bürgschaftsumme finden, noch auch vom Richter, selbst wenn sich die erforderlichen Bürgen einstellten, ein Entscheld für Freilassung gegeben werden. Aber nein — die Bürgen haben sich gefunden! Ueberdies sind von den 8000 Rthl. Sterl., welche der falschaffisch aufgetriebene und durchtriebene

tanzenichts abermals verlangt, um seinen Prozeß weiterzuführen und zugleich, wie der Herrgott in Frankreich, leben zu können, schon über 2000 Rthl. Sterl. beisammen — und alle Tage macht die Sammlung hübsche Fortschritte! Die Bürger sind freilich solche, die man, nach dem alten deutschen Rechtspruchwort, eigentlich „würgen“ sollte. Sie stecken einmal von Anfang an in dieser dunklen Geschichte tief drinnen und haben allen Grund, sich nochmals vor den Wagen ihres Schicksals zu spannen, um ihn durch die Sch-wierigkeiten zu reißen und somit ihren eigenen Namen vor Anfechtung zu sichern.

Bei einer Anlage auf Meineid ist die Bürgerschaftsstellung eigentlich nicht zulässig. Der Richter, unter der Annahme, daß die Verhandlung gegen den Edlen v. Wagga-Wagga mehr wegen Fälschung als wegen Meineides geführt werden wird, fand gleichwohl ein Mittel, auf vorläufige Freilassung zu erkennen. An dem Tage, wo dieselbe erfolgte, herrschte großer Jubel unter allen Angehörigen und Verwandten der großen Stromergilde. Sie rüdten, mit einer Anzahl verkommener Danbiers und confiscirter Weithähne des höheren Sports untermischt, an die tausend Mann stark vor dem Gefängnisse auf. Der gewöhnliche Janhagel von Eckenfeuern, anrangirten Weibern und Gassenjungen fehlte natürlich ebenfalls nicht. Sie wollten ihren aufrealtischen Vitellius als Triumphtor auf dem Schilde tragen. Sie wollten den Genuß haben, in der Person dieses fähigen Strebers, dem sie sich in mehr als Einer Beziehung verwandt fühlten, gewissermaßen einen Sieg zu feiern, den jedes untergeordnete Mitglied der weitverzweigten Schwinbelbande nur im Traume für sich selbst zu erhoffen wagte. Die Behörden hatten ziemlich Mühe, die beabsichtigte Feier des vielgeschmähten „Sir Roger“ zu verhindern. Durch einen unter-

herordentliche Landtag, der dem usus zu Folge erst 4 Wochen nach dem Ausschreiben zusammentritt, sich an die Verathung macht, ist aller Wahrscheinlichkeit der Reichstag, das Gelpenst, verlag. — Eine wiederholte Eingabe des Advocat Kindler zu Schönbürg, betreffend die Verfassung des Fürstenthums Kageburg an den Reichstag, scheint Anlaß gewesen zu sein, daß man sich hier höheren Orts mit der Verfassung beschäftigen will. Denn zum 13. d. sind die Vertreter des Fürstenthums zu Schönbürg zusammenberufen worden, und geht aus dem Ausschreiben hervor, daß der Großherzog bereit sei, Wünsche, welche sich auf die Verfassung beziehen, zu vernehmen, um sie weiteren Beschließungen entgegenführen zu können. Ebenfalls soll die Verfassung über eine neue Schulordnung für die Landhöfen und ein Project über eine Armen-Arbeitsanstalt verhandelt werden.

Schweiz.

Basel, 7. Mai. Der große Rath von Basel hat mit 92 gegen 8 Stimmen die der französischen Ostbahn-Gesellschaft ertheilte Concession für erloschen und mit allen von der Baseler Regierung gegen die Ostbahn ergriffenen Maßregeln sich einverstanden erklärt. (W. T.)

Dänemark.

Copenhagen, 6. Mai. In Folge des gestrigen Verbots der socialistischen Volksversammlung fanden einige Excesse statt. Dieselben beschränkten sich auf wenige unbedeutende Verwundungen durch vereinzelte Steinwürfe, circa 30 Laternenstämme wurden zertrümmert. Auch die untergeordneten Socialistenführer sind, gleich Pio, Brix und Gelleff, verhaftet. Ein Prozeß ist gegen sie eingeleitet. Heute ist Alles ruhig.

England.

London, 6. Mai. Im Unterhause erlitt bei Verathung des Gesetzesentwurfs über den Volks-Unterricht in Schottland die Regierung infolge einer Niederlage, als ein Amendement Gordons über den Unterricht in der Bibel nach langer Debatte mit einer Majorität von 7 Stimmen gegen die Regierung angenommen wurde. — Im Oberhause ersuchte Lord Granville, der Staatssecretär des Aeußern, Lord Russell, seinen Antrag Betreffs Eristung der Arbeiten des Genfer Schiedsgerichts bis zur formellen und vollständigen Aufhebung der von Amerika erhobenen indirecten Schadenersprüche zu vertagen, und sicherte die Verlegung der bezüglichen Correspondenz, sowie weitere Mittheilungen über den Stand der mit Amerika ausstehenden Verhandlungen und die vor- handenen Aussichten auf eine befriedigende Lösung auf nächsten Montag (vor Pfingsten) zu. Eventuell, fügte er hinzu, sollten auf Wunsch, oder da sonst nöthig, die Ferien um einige Tage verschoben oder zur Debatte über Russels Antrag unterbrochen werden. Russell erklärte sich zur Vertagung seines Antrages bereit, wenn Granville seine am 12. Juni 1871 abgegebene feierliche Erklärung, daß die indirecten Schadenersprüche vollständig beseitigt seien und keinen Theil des Washingtoner Vertrages mehr bilden, aufrecht erhalte und verspreche, keinerlei mit dieser Erklärung in Widerspruch stehendes weitere Abkommen zu treffen. Unter dem Beifall des Hauses erwiderte hierauf Granville, es liege ihm jede Absicht fern, von irgend einer seiner bisherigen Erklärungen abzuweichen. Russell vertagte hierauf seinen Antrag. (W. T.)

7. Mai. Der Kaiser in Augusta wurde gestern von dem Könige von Belgien ein Besuch ab- gestattet. Die Kaiserin machte im Laufe des Tages dem deutschen Hospitale einen längeren Besuch und hinterließ ein größeres Geldgehenf. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 5. Mai. Unsere ganze parlamentarische Welt ist noch in Aufregung ob der gestrigen Rede von Audiffret-Pasquier, welche im Lande ein vielfaches Echo finden wird, schreibt man der „R. Z.“ Die von dem Berichterstatter der Untersuchungs-Commission dargelegten Thatsachen sind wirklich erschütternder Natur für die kaiserliche Militärverwaltung und die von Napoleon III. gewählten Kriegs- Minister. Aber man bedenkt nicht, daß zu gleicher Zeit dem französischen Volke der Proceß gemacht wird, dessen Rechtsinn und Gleichgiltigkeit derartige Mißbräuche möglich machte. Wenn ein Volk jeglicher Selbstständigkeit entgeht, jede Controle vernachlässigt und zufrieden ist, sich zu bereichern, ohne sich die Mühe zu geben, die Aste derer, welche es regieren, nachzusehen, so darf es sich nicht beklagen, wenn es betrogen wird. Wenn die Franzosen ihre Verluste alle der kaiserlichen Regierung aufbürden, so machen sie es nicht klüger, als etwa eine Gesellschaft von Kaufleuten, welche ihre Capitalien einem Banquier übergeben, ohne sich weiter darum zu bekümmern, wie derselbe mit ihrem Gelde umspringt. Das Bank- haus macht Bankrott und die Betrogenen schreien über Diebstahl. Ueber dem Aufsehen, welches die Angelegen-

heit Bazaine's und die Rede von Audiffret-Pasquier erregen, vergißt man ganz, was im Innern von Paris vorgeht. Seit einigen Tagen ist eine Zahl von Leuten, die von den Kriegsgerichten wegen mangelnden Beweise aus der Haft entlassen worden waren, wieder gefänglich eingezogen und nach Versailles gebracht worden. Die meisten ohne regelmäßiges Mandat, indem der Admiral von den außerordentlichen Befugnissen des Belagerungszustandes Gebrauch macht. Das „Siecle“ forderte diesen Morgen die Regierung auf, wenigstens durch das Amts- blatt die Namen der Verhafteten und die Motive von Maßregeln anzugeben, die einer Republik selbst aus Gesicht stehen. Denn es genügt nicht, gegen die Willkür einer vergangenen Regierung zu donnern, wenn man genau dieselben Wege wandelt! Oher wann ist es unter der kaiserlichen Regierung erhört gewesen, daß ein kleines Blatt, wie das Avenir von Auch, mit einem Schlage zu 7000 Fr. verurtheilt wurde? In den letzten Jahren der kaiserlichen Regierung, um bei diesem Beispiele zu bleiben, war die Freiheit der Presse viel größer, als sie es heut- zutage ist. Und die National-Verammlung, die außer Stande ist, dem Lande wahre Freiheit und ein wirklich demokratisches Staatsleben zu schenken, versteckt ihre Dummheit hinter Angriffen auf die frühere Regierung. Das kann nicht lange vorhalten. Was Frankreich von seinen Gesetzgebern will, ist ein klares, practisches und consequentes politisches Pro- gramm.

Die französische Regierung sendet fortwährend Truppen an die spanische Grenze, die sehr scharf überwacht wird. Es sollen dort zwei bis drei Divi- sionen aufgestellt werden. Die legitimistische Union ist ganz wüthend, daß Thiers die Carlisten nicht unterstützt. Sie nennt sein Auftreten ein ungeheuer- liches und gefährliches. „Gentille du Village“ berichtet: „Die durch die Bemühung des Herzogs de la Roche- foucauld-Bisaccia, Deputirter der Sarthe, ins Werk gesetzte Subscription hat in einem einzigen Tage 645,000 Fr. ergeben. Diese Summe ist unmittelbar daraus in die Kasse der Carlischen Spaniens ge- wandert.“ Das „Siecle“ bemerkt dazu: „Ist das nicht herrlich? Man sammelt für die Befreiung des französischen Gebietes und der Adel antwortet damit, daß er sein Geld den spanischen Verschwörern giebt.“

Italien.

Rom, 1. Mai. Die Hauptpunkte des neuen Unterrichtsgesetzes sind nach der „M. Z.“ die folgenden: 1) Verpflichtung der Gemeinden, eine hinreichende Anzahl von Schulen zu erhalten. 2) Nur wenn der Gemeindevorstand erklärt hat, daß die Gemeinde hinlänglich mit Schulen versehen ist, kann den der Gemeinde angehörenden Eltern oder Vormündern eine Geldbuße auferlegt werden. 3) Wer beweisen kann, daß er für den Unterricht seiner Kin- der in anderer Weise Sorge trägt, ist den Geldbu- ßen nicht unterworfen. 4) Der Unterricht in den Kerkern, Galeeren und anderen Strafanstalten ist obligatorisch. 5) Auch die Fabriken und mechanischen Werkstätten sind verpflichtet, Schulen zu halten. 6) Weber der Staat, noch die Provinz, noch die Ge- meinden dürfen Beamte anstellen, welche nicht lesen noch schreiben können.

Das in Rom erscheinende Organ der dortigen Ultrakatholiken: „L'Esperance de Rome“, ver- öffentlicht am Sonntag das Programm des ultra- katholischen Central-Comités, an dessen Spitze Pater Hyacinth steht. Das Comité erklärt darin, daß es sein Werk auf Christus als den Heiland der Welt basire, aber die menschlichen Traditionen und das vaticanische Concil zurückweise. Dagegen acceptire es die legitimen geistlichen Autoritäten und ver- lange eine Reform der Kirche an Haupt und Glie- dern, ohne jedoch eine Secte innerhalb derselben bil- den zu wollen. Pater Hyacinth hat an demselben Tage die Rückreise nach Paris angetreten.

6. Mai. Der Papst hat in einem abgehal- tenen geheimen Consistorium ohne besondere Allocu- tion 10 Bischöfe für Italien, sowie je einen für Naccio, Constantine (Algier) und Insel Bourbon, endlich drei Bischöfe in partibus ernannt. (W. T.)

Spanien.

Madrid, 3. Mai. Der Schrecken, der seit einigen Tagen vor einer republikanischen Erhebung, im Stile der Commune von Paris, in Madrid herrscht, dauert noch fort. Nicht wenig trägt zu dieser geängstigten Stimmung bei, daß die Provinz- albehörden verschiedenen hervorragenden oder reichen Einwohnern der Stadt die Warnung hat zugehen lassen, ganz besonders in diesen Tagen ihre Häuser zu bewachen, da Anzeichen vorlägen, daß dieselben von dem sich Republikaner nennenden Auswurf der Stadt in Brand gesteckt und geplündert werden soll- ten. Unter den in dieser Weise benachrichtigten Per- sonen war auch die Gräfin Montijo, deren Hause

„Ach, wie romantisch!“ sagt die Wismarsell, „wenn dieser heldenmüthige Abenteuerer Orton oder Castro zum Sir Roger Tichborne würde; das wäre ja gerade wie im dreißigjährigen Roman! Und seine Frau — die hätte sich's ja gewiß einst nicht träumen lassen, daß sie zur Lady Tichborne werden würde. Hätte sie sich nur nicht so curios benommen, als er in der Old Bailey saß. Nicht einmal besucht hat sie ihn dort; — sollte sie an ihrem Roger gezweifelt haben?“

„Ich bestze auch ein paar Tichborne-Bonds“, murmelt Herr Zwinterlein Schlaumeier vor sich hin; „zu 3, sage drei Procent angelaut! Was sich da nicht vielleicht noch für Geschäfte machen lassen! —“

Nun, er ist frei einzuweisen, der Esle aus dem australischen Busch. Aber obgleich sich seine Spieß- gesellen und mehr oder weniger in Selbsttäuschung begriffene Genossen mit aller Macht umthun, so kann ihm, wenn er nun als Orton oder Castro vor Ge- richt kommt, doch etwas häßlich Schlimmes blühen. Auf diese Verhandlung hat ein verehrliches Publikum, welches sich an der widerwärtigen Geschichte noch nicht satt gesehen, ein paar Monate zu warten. Hoffentlich wird dann die Presse über den Fall nicht wieder mit der bisherigen unerträglichen Ausführlich- keit berichten, noch auch jede Gesellschaft abermals durch eine Unterhaltung über Tichborne unfruchtbar gemacht werden — sonst würde England, meiner An- sicht nach, zu einem unmöglichen Aufenthaltsorte. Mittlerweile mag es erlaubt sein, mit Bedauern dar- auf hinzuweisen, daß „etwas faul ist im Staate“, wenn ein so widerlicher Trug das allgemeine Interesse so spannend fesselt und das Gefallen an der Schwin- delgeschichte nicht bloß bei den Gläubigern und beim Pöbel zu finden ist, sondern sogar bis in die Volks- klassen greift.

zum Schutz eine eigene Wache gegeben wurde. Andere Personen haben auf ähnliche Warnun- gen hin, oder weil sie in der Nähe eines Ministers oder einer Kirche oder religiösen Anstalt, die man besonders bedroht glaubt, wohnen, ihre Häuser verlassen und sich zu befreundeten Familien begeben. Auch die Duchess de la Torre hat ihr Haus in der Vorstadt nicht für sicher gehalten und sich im Ministerium des Innern mit ihrer Familie einquartiert. Nichtsdestoweniger ist bis jetzt nicht die geringste Ruhestörung vorgefallen; auch die gestrige Trauerfeierlichkeit des dos de Mayo, der auch der König mit glänzendem Gefolge beiwohnte, ist ohne alle Unordnung oder störende Aufregung vorüberge- gangen. Morgen rücken 5 neue Bataillone Infan- terie, aus den einlaufenden Reservisten der ersten Klasse gebildet, in Madrid ein, wodurch die Besatzung der Hauptstadt auf 8000 Mann gebracht wird. (Sp. Z.)

Rumänien.

Bukarest, 29. April. Die Bevölkerung von Bukarest befindet sich seit einigen Tagen in einer an Verzweiflung grenzenden Aufregung. Veranlassung dazu giebt der wohlthätige Magistrat der Stadt, welcher der Bevölkerung das Trunkwasser entzog, indem er die Dimbowiza, behufs Reinigung des Flußbette, absperrte. Da der Fluß einer Bevölkerung von beinahe 200,000 Seelen das zum Leben nöthige Wasser liefern muß, der Magistrat aber keinerlei Maßregeln getroffen hat um einen Ersatz zu schaffen, so macht sich der Wassermangel schon jetzt im höchsten Grade fühlbar, obgleich die Arbeiten im Flußbett noch 40 Tage dauern sollen. Eine Kanne Trunk- wasser kostete bereits 40 Centimes, ein Preis, welchen die ärmere Bevölkerung nicht erzwängen kann. Wenn die Regierung den Experimenten des Magi- strats, welcher das unreine Wasser absperrt, bevor er für reines gefogert hat, nicht ein Ende macht, so werden sich bald genug bössartige Fieber und an- stehende Krankheiten einstellen. Schon jetzt hat die Sterblichkeit unter der Bevölkerung in erschreckender Weise zugenommen. (Allg. Stg.)

Bukarest, 6. Mai. Fürst Karl hat sich heute in Begleitung des Handelsministers Crepusco nach Kleinrumänien begeben und wird am 11. d. in Turnu-Severin eintreffen, um dort die Ankunft seiner von ihrer Reise zurückkehrenden Gemahlin zu erwarten.

Danzig, den 8. Mai.

* Bekanntlich ist durch das Reichsgesetz vom 4. Dezember vorigen Jahres den Kreis- und Communalverbänden für die von ihnen auf Grund des Gesetzes vom 27. Februar 1850 an die bedürftigen Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Reserve- und Landwehrmannschaften gewährten Minimal-Unterstützungsbeträge ein Ersatz bewilligt. Obwohl seit der Publication des genannten Reichsgesetzes bereits fünf Monate verflossen sind, so hört man noch nichts davon, daß Seitens der Bundeskasse den Kreis- und Communalverbänden dieser Ersatz gewährt sei. Es ist diese Verzögerung um so auffallender, als es sich hierbei um Beträge handelt, die für die Bundeskasse sehr wenig ins Gewicht fallen, sehr wesentlich aber für die Kassen der Kreise und Communen. Es ist im Reichstage und auch im preussischen Abgeord- netenhaus der Regierung gegenüber der Wunsch aus- gesprochen, daß der Ersatz möglichst bald gewährt werden möchte, da eine Anzahl von Kreisen und Communen theils sich die betreffenden Mittel durch Darlehne auf kürzere Zeit beschafft, theils bei der Festsetzung der diesjährigen Etats auf den baldigen Eingang der durch das Reichsgesetz vom 4. Dec. v. J. bewilligten Ersatzbeträge Rücksicht genommen hätte. Was kann der Erfüllung dieses berechtigten Wunsches noch entgegenstehen? Das Reich und Preußen schwimmen in Ueberschüssen; es wäre daher wohl an der Zeit, daß die Staatsfinanzverwaltung halbwegs daran geht, diese für sie unbedeutende Schuld an die Kreise und Communen, die sich in der Mehrzahl nicht in so glücklicher Finanzlage befinden, abzutragen. Es bleibt ohnehin noch ein erheblicher Restbetrag — der Ersatz für die andern Kriegseinstellungen der Kreise und Communen — ausstehen. Hoffentlich denkt der Staat bald an die Rückzahlung auch dieser Beträge.

* Der Danziger Sparcassen-Actien-Ver- ein hat in seinem Statut die Bestimmung, daß so- bald der Reservefonds des Vereins die Höhe von 200,000 Mk. erreicht hat, die weiteren Ueberschüsse zu einem gemeinnützigen Zwecke im Interesse unserer hiesigen Bevölkerung verwendet werden sollen. Wie wir hören, hat der Reservefonds des Vereins, der in den letzten Jahren eine sehr umfangreiche und erfolgreiche Thätigkeit entwickelt hat, die Höhe von 200,000 Mk. jetzt erreicht und die Herren Actionaire werden daher voraussichtlich in dem bevorstehenden Jahre über die Verwendung der von jetzt ab zu er- wartenden Ueberschüsse Entscheidung treffen. Am 16. Mai findet eine General-Versammlung der Actio- naire Behufs Erstattung des Geschäftsberichtes statt.

* Die Herren Impfärzte sind vom Magistrat er- sucht worden, die Impfung der Schuppenden, soweit dies noch nicht geschehen, schleunigst zu beginnen und dem Rgl. Polizei-Präsidium von 8 zu 8 Tagen über den Fortgang der Kinder-Impfungen Anzeige zu machen, damit dasselbe gegen säumige Eltern und Pfleger das Weitere veranlassen könne. Die Impfungen werden stattfinden: Im 2. Polizei-Revier Mittwoch von 2—3 Uhr Nachm. in der Schule Jopengasse 37 durch Dr. Drosch, Im 3. und 4. Polizei-Revier Montags, Nachmittags von 5—6 Uhr in der Bartholomäi-Schule auf Schäffel- damm durch Dr. Grundtmann; Im 1. Polizei-Revier Freitag, Nachmittags von 5—6 Uhr, in der Schule auf dem Petri-Kirchhof durch Dr. Friedländer; Im 4. Polizei- Revier, Sonnabends, Nachm. von 5—6 Uhr, in der Schule in der Sperlingsgasse durch Dr. Wiebe; in Neu- fahrwasser Mittwoch, Nachm. von 5—6 Uhr, in der evangel. Schule durch Dr. Neumann; in Langefuhr Mittwoch, Nachm. von 5—6 Uhr, in der evangel. Schule durch Dr. Hornwald; in Schidlis zunächst am 18. Mai, Nachm. 4 Uhr in der evangel. Schule durch Sanitäts- rath Dr. Bodemann und durch denselben Arzt in Stadt- gebiet am 15. Mai, Nachm. 4 Uhr. Diese Impfstellen können auch von unbemittelten Erwachsenen für die Vaccination unentgeltlich benutzt werden.

* In einem Circular des Verbandsdirectors Herrn Siebinger in Königsberg an die Vereine des Ver- bandes der Gewerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften in der Provinz Preußen“ bestätigt derselbe die Fest- stellung des diesjährigen Verbandstages in Schwes auf den 24., 25. und 26. Mai c. Die allseitige Betheiligung der Verbandsvereine an dem bevorstehenden Verbandstage, welchem der Anwalt Herr Schulz- Delblich persönlich beizuwohnen zugesagt hat, darf in diesem Jahre wohl um so vertrauensvoller erwartet werden, da wichtige Gegenstände zur Besprechung und Beschlußfassung vorliegen. Auch Vertreter der dem Verbands noch nicht beigetretenen, auf Selbsthilfe be- ruhenden Genossenschafts-Vereine jeder Art in Ost- und Westpreußen, werden willkommen sein und ihren gerne Betheiligung an den Besprechungen eingeräumt werden.

Herr A. Hoffmann in Schwes ist zum Vorsitzenden der Lokal-Commission daselbst gewählt und bereit, bei schriftlich ausgesprochenen Wünschen Wohnungen zu be- sorgen und Anfragen zu beantworten. Derselbe richtet sich mit der Bitte an die Deputirten, sich recht zahlreich mit Privatwohnungen begnügen zu wollen. Es wird zugleich mitgetheilt, daß die nächste Eisenbahnstation von Schwes Tereopol ist, wo die Züge eintreffen: auf der Tour von Königsberg nach Berlin: 8½ Uhr Morgens Elzug, 5½ Uhr Nachmittags Personenzug, 10½ Uhr Abends Güterzug; — auf der Tour von Ber- lin nach Königsberg: 6 Uhr Morgens Güterzug, 10 Uhr Morgens Personenzug, 7½ Uhr Abends Elzug, und wird dafür gesorgt werden, daß Wagen zur Abho- lung der Deputirten zu jedem Zuge bereit stehen.

* [Feuer.] Heute Morgen kurz vor 2 Uhr gerieth im Hause Nr. 21 in der dritten Etage der Fußboden in der Nähe eines Schornsteins in Brand. — Um 3½ Uhr Morgens brach in einem hölzernen Schuppen hinter dem Grundstücke Kneipat No. 37 Feuer aus. Dasselbe griff mit großer Schnelligkeit um sich und hatte bereits vier Schuppen ergriffen, als die Feuer- wehr erschien, welche nur mittelst zweier Spritzen und Benutzung eines Hydranten ein weiteres Umsichgreifen des Feuers verhindern konnte. Namentlich war das nach vorn gelegene Wohnhaus in Gefahr, sowie ein mit seinem Giebel schon in Brand stehender 40 Fuß hoher Holz- schuppen. Die Feuerwehr verließ, nachdem sie beim er- sten Brande in der Wolberggasse bis 3½ Uhr thätig war, nach dreistündiger anstrengender Arbeit diese Brandheerde.

* In der Jopengasse ist das in der Mitte der Straße liegende Wasserleitungsrohr geplatzt. Das dem- selben entströmende Wasser hat sich neben dem Rohr Bahn gegraben und das Erdreich unteripfl, wodurch letzteres an mehreren Stellen einzusinken beginnt. Man ist damit beschäftigt, die schadhafte Stelle aufzufuchen.

— Die Eröffnung der Posen-Thorn-Brom-berger Bahn ist nunmehr, wie die „Ost. Z.“ hört, auf den 25. d. Mts. hinausgeschoben. Schmar, lebende alauben auch an diesem Termin noch nicht recht daran. Vom 12. d. M. an sollen Extrazüge den Verkehr ver- mitteln.

Marienwerder, 8. Mai. In der Nacht zum 6. hat sich der hiesige Bahnarzt Jupp durch Chloroform vergiftet. — Für Westpreußen sollen noch ein evan- gelisches und ein katholisches Schullehrer-Seminar eingerichtet werden. Als Sitz für das Erstere ist Marienwerder und für das Letztere St. G. Lau auszuwählen. Marienwerder will sich dagegen bemühen, beide Seminare her zu bekommen. — In Folge einer Anordnung des R. Ministeriums soll die Ablosung sämtlicher Natural-Leistungen an die Kirchen, Schu- len und deren Beamten durchgefogert, resp. durch fest- stehende Rentenbeträge regulirt werden. Die Ausföhrung dieser Maßregel dürfte sowohl den Verpflichteten, wie den Berechtigten angenehm sein und alle Streitigkeiten über die Quantität und Qualität der Natural-Abgaben beseitigen, sowie die Eintracht in den betreffenden Ge- meinden befördern. — Eine junge Dame, die Tochter eines hiesigen Regierungsbeamten, hat sich in ihrem Herzen verflüchtigt geföhlt, in China als Missionä- rin zu wirken und ist dorthin bereits abgereist.

S. Aus dem Thörner Kreise. Anfangs Mai. (Vom Kreistage.) Außer den an dieser Stelle be- reits besprochenen Verhandlungen, Betreffs des Kreis- haushalts-Etats, hatte der Kreistag am 20. v. M. auch über die Ausbringungswelle der Mittel für die unent- geltliche Vergabe des Grund und Bodens für die Eisenbahn-Thorn-Jüterburg-Befehl zu fassen. Vorausgeschickt ist, daß der Kreistag im Nov. 1867 beschloffen hatte, das zum Bahnbau erforderliche Ter- rain innerhalb der Kreisgrenzen, für eine Entfernung von etwa 4½ Meilen, unter der Voraussetzung zu gewäh- ren, daß die Kostenbeträge nach Maßgabe des größeren Vortheils von der neuen Eisenbahn auf die Kreis-Ein- gefassen repartirt würden. Da die Kreis-Communal- Bedürfnisse im Thörner Kreise von jeher aus dem Grund-Besitz allein aufgebracht werden, so lag es nahe, an eine Zonenbildung Behufs Abführung der Beiträge zu denken. Die R. Regierung hatte jenen Beschluß auch so aufgefakt und wies ihn zurück, weil sie mit der beabsichtigten stärkeren Heran- ziehung der den 3 neuen Bahnhöfen näher gelegenen Kreis-Eingefassen nicht einverstanden war. Zur Moti- vierung wurde ausgeföhrt, daß bei einer Eintheilung des Kreises in den Bahnhöfen näher oder entfernter liegende Zonen und einer Abführung der Kreisbeiträge nach diesen, abgesehen davon, daß es zweifelhaft sei, ob eine ungleiche Heranziehung der Kreiseingefassen zu den Beiträgen überhaupt statthaft, der Uebelstand entstehe, daß die größeren oder geringeren Vortheile einer Eisen- bahn nach der größeren oder geringeren Nähe zum Bahn- hof sich gar nicht abmessen lassen, und namentlich rich- tighöflich der an der Grenze einer Zone Wohnenden eine ganz ungerechte Besteuerung eintreten müsse. Es ist auch keine Frage, daß der letztere Grund, zumal in die- sem speziellen Falle, vieles für sich hat. Indessen war an eine rationellere Abführung, wie sie durch eine com- muneale Einschätzung nach Maßgabe des durch die Bahn gesteigerten Nutzungswertes der Grundstücke leicht und zutreffend zu erreichen ist, im Kreistage nicht zu denken, und blieb nichts übrig, als sich mit einer Zonenbildung zu begnü- gen, wenn man denjenigen Grundbesitzern so weit möglich gerecht werden wollte, deren Grundstücke von den Bahn- höfen entfernt liegen. Auch hatte ein dahingehender nochmaliger, vorläufig ganz allgemein gehaltener Be- schluß später die Genehmigung der R. Regierung und die Allerhöchste Bestätigung erhalten. Ueber die spezielle Auftheilungswelle hatte nun der Kreistag vom 20. April Beschluß zu fassen. Zunächst war jedoch in Betreff des bisherigen Kreissteuer-Modus eine wesentliche Veränderung eintreten. Auf den Vorschlag des Landraths hatte nämlich der Kreistag im December v. J. beschloffen, für die Bedürfnisse des Kreises in Zu- kunft auch die Nichtgrundbesitzer, und zwar nicht etwa durch eine Miethsteuer, sondern nach Maß- gabe der directen Staatssteuern mit heranzuziehen. Die Stadt Thorn hatte zwar, freilich nur aus dem practischen Grunde der damit verbundenen höheren Belastung der Stadt, bei der R. Regierung Beschwerde erhoben. In- dessen war im Hinblick auf die Bestimmungen der neuen Kreisordnung die Anhebung auch an die Personalsteuern voraussichtlich nicht lange mehr zu ver- zögern. Von den Gegnern jeder Zonenbildung wurde nun der — eines andern Inhalts entbehrende — Ein- wand gemacht, daß durch diese der prästations- fähige Kreis in nicht prästationsfähige Theile zerlegt werde. Andererseits wurde bemerkt, daß lokale Steuer-Abtheilungen mit lokalen Steuer-Ab- stufungen, die lokale Grund- und Gebäudesteuer zur Voraussetzung hätten, und daß durch die beschlossene Anhebung auch an die Personalsteuern zwei ungleich- artige Größen gleichmäßig behandelt würden; daß man in der bisherigen Einschätzung nach contributiven Sufen einen von den Staatssteuern unabhängigen Communal- Nachschuß besäße; und daß durch eine anderweitige leicht auszuföhrnde Einschätzung einer communalen Grund- und Gebäudesteuer, dem durch die Bahn veränderten Ertragswerth der Grundstücke in zweckmäßiger, weil ge- rechter Weise Rechnung getragen werden könne. Bei der Abstimmung blieben die Vorschläge für die Zonen- bildung in der Minorität. Die Einen stimmten dagegen, weil sie davon höher belastet worden wären; die Andern, weil sie die hier vorerit noch vorhandenen conservativen Steuer-Grundlagen nicht freiwillig an die neuen Kreis- abgaben mochten, die seit einer Reihe von Jahren für die Abwälzung der Kreislasten auf die Miether und kleinen Grundstücksbesitzer eintreten waren, nunmehr teinen Anstand nahmen, die Ersteren auch für die sehr erheb- lichen Kosten des Eisenbahn-Terrains mit heranzuziehen

66	3	47½	B
882	6	96½	III. IV. 6¼
ofe	4	87	bj u G
		112	bj
ofe	5	92½	bj u G
ofe		88½	bj
m.	4	74½	bj
ib.	4	62½	bj
n.	5	93½	G
f.	4	103½	B
8		—	1194½
5.		55½	bj
l.		91½	G
32	5	91	bj
3	3	60½	bj
64	5	130½	bj
56	5	129	bj
l.	5	76	bj
5		88½	G
4		76½	G
5		51½	¼ bj
6		61½	B

Beqiel-Cours d. 7. Mai.			
Amslerdam kurz	3	140½	bj
do. 2 Mon.	3	140	G
Hamburg kurz	4	149½	bj
do. 2 Mon.	4	149	G
London 3 Mon.	4	6 21½	bj
Paris 10 Tage.	5	80½	bj
Wien Oest B. 8 T.	5	89½	B 89 G
do. do. 2 Mon.	5	88½	B 88½ G
Frankf. a. M. 2 W.	4	56 22	G
Petersburg 3 Woch.	6	90½	lj
do. 3 Mon.	6	90	bj
Warschau 8 Tage	6	81½	bj
Bremen 8 Tage	3½	109½	bj

Gold- und Papiergeld.	
Gibl. 9 6¼	bj G
Gstr. 110½	bj B
Sos. 6 22½	G
Kap. 5 10½	bj G
Dollars 1 11½	bj G
Glb. fl.	—
F. B. M. R. 99½	bj
o. R. 99½	bj
Oest. Btm. 89½	bj
Bohm. Btm.	—
Silb. r. 8	—
Russk. do. 68	bj

